

Die BEBI ist heute kein Politikum mehr

Seit den 60er Jahren ist die Berufsbildung in der Schweiz immer wieder Thema von politischen Debatten gewesen. Anfang der 70er Jahre waren es die Lehrlingsgruppen; Ende der 70er die Gewerkschaften mit dem Referendum gegen das Berufsbildungsgesetz; Anfang 80er die SAP mit ihrer Lehrwerkstätten-Initiative. Erst in den letzten zehn Jahren ist es um die Berufsbildung auf politischer Ebene ruhiger geworden. Dies zur Freude von Arbeitgebern und Gewerblern, die einen, weil sie so mehr oder weniger ungestört ihre Vorstellung von Berufsbildung durchdrücken konnten; die anderen, weil sie nach wie vor billige Arbeitskräfte zur Strukturerhaltung hatten.

Es waren die «Jugendunruhen» nach '68, die auch in der Schweiz nebst StudentInnen und SchülerInnen auch Lehrlinge auf die Strasse brachten. So war mein erstes politisches Engagement 1971 die «Basisgruppe Lehrlinge Zug», die sich später zackiger in «Mailblitz» unbenannte. Wie viele andere begannen wir unsere Arbeit mit einer Umfrage: Wir wollten die Lehrlinge ansprechen und gleichzeitig Fakten sammeln, um unsere These der «Ausbeutung Tag für Tag, gesichert durch den Lehrvertrag» zu untermauern und um der Forderung «Lehrzeit statt Leerzeit» Nachdruck zu verschaffen.

Die erste grosse Aktion war aber das Verteilen eines Flugblattes vor den Toren der Landis & Gyr, mit dem gegen die Einführung des Leistungslohnes für Lehrlinge protestiert wurde. Um diese Aktionen herum entwickelten sich Diskussionen über die Lehre. Da

aber die allgemeinen politischen Diskussionen in der Vordergrund rückten, kam es von diesen Gruppen her kaum zu eigentlichen Reformvorschlägen.

DAS REFERENDUM DES SGB

Während Jahren war man sich in breiten Kreisen einig, dass die Berufsbildung in einer Krise sei und reformiert werden müsse. Die Aktionen der Jugendgruppe schafften Öffentlichkeit über ganz konkrete Fälle. Es war naheliegend, dass auch die Gewerkschaften sich für die Thematik interessierten.

Auch für die weitsichtigeren Unternehmer war eine Reform nötig, wollten sie die Abwanderung der Jugendlichen in die Mittelschule bremsen. Eine eidgenössische Expertenkommission begann Anfang der 70er Jahre ein neues Berufsbildungsgesetz zu diskutieren. Diskutiert wurde auch der

vom SGB vorgetragene Vorschlag, das «duale System» der damals noch Meisterlehre genannten Berufslehre durch ein System mit Lehrwerkstätten zu ersetzen.

«Das heutige System der Meisterlehre genügt in seiner jetzigen Form modernen Ansprüchen nicht mehr... Die Grundausbildung hat deshalb in eigentlichen Fachschulen oder Lehrwerkstätten zu erfolgen.» (Gewerkschaftliche Rundschau Nr. 2, 1971). Die Expertenkommission des Bundes kam jedoch zu folgendem Schluss: «In ihrer Überwiegenden Mehrheit erachtet die Kommission die Meisterlehre auch weiterhin als die zweckmässige Form unserer Grundausbildung. Eine Umstellung auf eine ausschliessliche Ausbildung in Lehrwerkstätten liesse sich schon aus praktischen Gründen nicht verwirklichen.»

1974 präsentierte der SGB ein Alternativgesetz, das Verbesserungen im Rahmen des bestehenden Systems enthielt (Ausbau des obligatorischen Berufsschulunterrichtes).

1974 musste aber der SGB das Referendum gegen das Berufsbildungsgesetz ergreifen. Nach einem vor allem von seiten des Gewerbes hart geführten Abstimmungskampf wurde das Berufsbildungsgesetz (BBG) mit 58% Ja-Stimmen angenommen.

1980 wurden dann die «Verbesserungen» des BBG rechtskräftig: Anlehre, Lehrmeisterkurse, Freifächer, Stützkurse und Berufsmittelschule u.a.

Die Gewerkschaften konzentrierten sich in der Folge auf die Forderung nach einer Unterstellung der Lehrlinge unter den GAV. Diese Kampagne wurde von einigen aktiven Jugendgruppen getragen (v.a. GBH, SMUV und GDP).

Ende 1985 präsentierte der SGB ein neues* Berufsbildungskonzept, in dem vorgeschlagen wurde, die Berufsausbildung auf drei gleichwertige Säulen abzustützen: Betrieb, Berufsschule und Einführungskurse.

DIE LEHRWERKSTÄTTEN-INITIATIVE DER SAP

Im Sommer 1979 schlug die SAP allen interessierten Organisationen eine Lehrwerkstätten-Initiative vor. Mit öffentlichen Lehrwerkstätten hätte der Lehrstellennot in zukunftsoffenen Berufen und der durch die technologische Entwicklung und durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen nötigen Umschulung entgegen werden sollen.

Der Initiativvorschlag stiess an vielen Orten auf Sympathie, die konkrete Unterstützung blieb jedoch aus. Nebst der SAP machten im Aktionskomitee bloss noch der VSS (Verband der Schweizerischen

Studentenschaften) und das Viva-Kollektiv Graubünden mit.

Mit einem grossen Einsatz sammelten die SAP-AktivistInnen die nötigen Unterschriften. Im Mai 1982 konnten dann 107 898 beglaubigte Unterschriften eingereicht werden.

Die Abstimmung wurde auf den 28. September 1986 festgelegt. Trotz des schwierigen Themas fanden etliche Diskussionen statt. Gewerbe und Unternehmerschaft stiegen zur Verteidigung der Meisterlehre und gegen «Verstaatlichungen» auf die Barrikade. Die Initiative wurde bei einer Stimmbeteiligung von 35% mit 1 162 019 Nein

und 261 979 Ja klar abgelehnt.

In den darauffolgenden Jahren entwickelte der SGB wieder ein neues Berufsbildungskonzept («Berufsbildung ein Leben lang»), das sich nicht mehr nur auf die Ausbildung beschränkte, sondern auch Reformziele für die Weiterbildung formulierte. Diese Forderungen konnten in einige Berufsbildungskommissionen hineingebracht werden.

Es ist durchaus so, dass hinter den Kulissen einiges läuft. Seit der Abstimmung über die Lehrwerkstätten-Initiative ist aber das Thema der Berufsbildung aus den politischen Diskussionen verschwunden.

Mai · Mai · Maggio

1 LEHRLINGE

vereinigt Euch!

Montag · Lundi · Lunedì

AUCH DIE ZAHL HAT GEWICHT

Einen Finger kann man brechen
Fünf Finger jedoch, geben eine Faust

BLZ

BASISGRUPPE LEHRLINGE ZUG

Nr. 2 Januar 1973 Fr. l.

MAIGLOGGLI

ZEITSCHRIFT DER FORTSCHRITTLICHEN JUGEND

Die Hintergründe des Leistungslohns

Achtung!
Sie verlassen den demokratischen Sektor der Stadt Zug

«Schweizer Armee - Klassenarmee
«Kampf ums Jugendhaus
«Neue Promotionsordnung an der Kanti